

11/12/9. 93

Aus dem
SüdkreisW. Siebert
(05761) 2566
Reckleben
(05763) 2535

Rehburg-Loccum



Steyerberg



Stolzenau



Leese



Uchte



Münchehagenplenum weiterhin nur auf politische Versprechungen angewiesen

Aber: Nicht nur die Landesregierung, sondern alle Fraktionen bekräftigen Sicherung und Sanierung

Rehburg-Loccum / Hannover (re). „Besser den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach!“ So kommentiert Rehburg-Loccums Stadtdirektor Dieter Hüsemann das Gesprächsergebnis, das der Vermittlungsausschuß des Münchehagenplenums am Donnerstagabend aus Hannover nach Hause brachte. Dort war es mit Umwelt- und Finanzpolitikern aller vier im Landtag vertretenen Fraktionen um die mittelfristige Finanzplanung zur Sicherung und Sanierung der Giftmülldeponie Münchehagen gegangen. Durch Kürzungen im Etat des Umweltministeriums sind Gelder bis 1997 rigoros zusammengestrichen worden, was im Münchehagenplenum für einigen Wirbel sorgte (DIE HARKE berichtete).

Nach Auskunft der Pressereferentin des Umweltministeriums, Eva-Maria Rexing, und des umweltpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Jüttner, haben die Umwelt- und Finanzpolitiker der Fraktionen die bestehende politische Zusage des Landtags erneut bekräftigt: Sicherung und Sanierung werden uneingeschränkt fortgeführt. Das Etatvolumen 1994 werde nicht erhöht, Geld aber über Umschichtungen freigemacht. Nach Aussage von Willi Heineking wollen CDU- und FDP-Fraktion das Geld, welches beispielsweise für die Kaite Rotte vorgesehen ist, für Münchehagen ausgegeben wissen.

Rexing bestätigte, daß sich die Umweltministerin bei den Etatberatungen im Kabinett mit ihren finanziellen Forderungen nicht habe durchsetzen können. Vize-Sprecher des Vermittlungsausschusses, Wolfgang Völkel, vermutet, das Ministerium habe anstehende Projekte und Zahlen wohl nicht beieinander gehabt. Denn es sei merkwürdig, daß in diesem Jahr rund 21 Millio-

nen Mark fließen, 1994 hingegen plötzlich nur noch 5,4 Millionen geplant seien. Wie Heineking ergänzte, habe die Gesprächsrunde die Einlassung des Ministeriums belächelt, der Vermittlungsausschuß hätte zu schnell gearbeitet. Daß das Kabinett über den Fortgang der Sicherungsmaßnahmen auf der SAD nicht informiert gewesen sein soll, halte die CDU für eine Ausrede.

Auf Anfrage bekräftigte SPD-Umweltsprecher Jüttner seine bisherige Aussage, Finanzmittel für den Arbeitsbetrieb würden ebenso fließen wie Geld für Projekte, die klar umrissen und erforderlich sind (DIE HARKE berichtete). Daß dies Tenor aller an der Gesprächsrunde beteiligten Landtagspolitiker war, bestätigten Hüsemann, Völkel und Heineking. So soll künftig eine Trennung zwischen Betriebskosten und Investitionen erfolgen, um zeit-, projekt- und bedarfsbezogen planen zu können, „damit kein Geld im luftleeren Raum steht und den Haushalt unnütz belastet“.

Hüsemann und Völkel betrachten den ge-

planten Bau einer Kläranlage für Sickerwasser gelassen; denn Versuche laufen. Sie hoffen auf Planungen, baldige Genehmigung und Auftragsvergabe. 1996? Völkel ist optimistisch: Die Grundwasserabsenkung sei bisher schlampig gehandhabt worden, weil die Behandlung in der Lemker Kläranlage viel Geld verschlinge. Das könne man mit eigener Anlage einsparen, die zudem die vorgeschriebene Menge aufarbeite.

Die Vertreter des Vermittlungsausschusses drängten mit Nachdruck darauf, daß die vorgesehene Schlitzwand zur seitlichen Abdichtung der Giftkippe finanziell abgesichert werde. Wie dieses mehrere millionenschwere Projekt zu bezahlen ist, da zog sich Jüttner auf seine Position der „Beantragung konkreter Planung“ zurück. „Dann muß die Regierungskoalition schauen, wie sie das realisiert.“ Wegen der aktuellen politischen Zusage hält er die Unruhe beim Bürger und im Münchehagenplenum für unangemessen.

Völkel und Hüsemann geben sich hoffnungsvoll, daß es ohne Einschränkung auf der SAD weitergeht, weil sich nicht nur die Landesregierung, sondern alle Fraktionen in einer offiziellen Erklärung erneut festlegen wollen, „daß Sicherung und Sanierung höchste politische Priorität besitzen“ und der Landtag „verpflichtet ist, das Geld bereitzustellen“. – „Wenn das nicht klappt, wäre das immerhin ein Ansehensverlust für alle Fraktionen“, so Völkel. Im Dezember soll der Landesetat verabschiedet werden.